

Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Vorstösse nach Sachgebieten (Teil 2)

(Fortsetzung aus ASMZ 12/2006)

Korb 3 Die Stellung der Schweiz in der Welt festigen

Dossier 10: Aussenbeziehungen

■ Die Beziehungen zur Europäischen Union vertiefen¹³

■ Die Kohärenz und Koordination in der Aussenpolitik verstärken¹⁴

■ Das Engagement der Schweiz zur Stärkung der UNO und das völkerrechtliche Vertragswerk weiterentwickeln¹⁵

¹³ Postulat (06.3286) der Sozialdemokratischen Fraktion zu Europapolitik. Soziale Sicherheit und Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz

Worum es geht: Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen, welche Massnahmen erforderlich sind, damit die Schweiz die maximale wöchentliche Arbeitszeit einschliesslich Überstunden auf EU-Niveau senken kann.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat lehnt das Postulat ab. Er möchte hervorheben, dass die Unterschiede zwischen Gemeinschaftsrecht und Schweizer Recht relativ gering sind. Das europäische Recht legt die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 48 Stunden fest, während das Arbeitsgesetz eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 45 bzw. 50 Stunden, je nach Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerkategorie, vorsieht. Das Arbeitsvermittlungsgesetz, zusammen mit den üblichen Bestimmungen des Obligationenrechts, gewährt den Temporärarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern genügenden Schutz.

¹⁴ Motion (06.3539) Nationalrat Philipp Stähelin (CVP/TG) zu Koordination der aussenpolitischen Aktivitäten des Bundesrates

Worum es geht: Die Mitglieder des Bundesrates pflegen mehr und mehr direkte Kontakte mit ausländischen Regierungen und Ministern. Dies macht eine saubere Vorbereitung und Koordination aller Aktivitäten von Bundesratsmitgliedern notwendig, welche aussenpolitische Relevanz aufweisen. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, institutionelle und verfahrensmässige Massnahmen zu treffen, um die aussenpolitisch relevanten Aktivitäten und Auftritte seiner Mitglieder auf die festgeleg-

ten aussenpolitischen Ziele ausgerichtet zu koordinieren.

Bei Redaktionsschluss lag die Antwort des Bundesrates noch nicht vor.

¹⁵ Motion (06.3412) von Nationalrätin Evi Allemann (SP/BE) zu Internationale friedensfördernde Einsätze. Ausweitung des Mandates der PSO-Kommission

Worum es geht: Der Bundesrat entsendet im Rahmen internationaler friedensfördernder Einsätze regelmässig bewaffnete und unbewaffnete Schweizer Truppen ins Ausland. Diese militärischen Einsätze werden durch die ausserparlamentarische Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedensförderung (sogenannte PSO-Kommission) begleitet. Der Bundesrat wird eingeladen, das Mandat der ausserparlamentarischen Kommission auf die Gesamtheit der friedensfördernden Massnahmen der Schweiz auszuweiten.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Moderne Friedensoperationen müssen oft ein breites Aufgabenspektrum mit zivilen und militärischen Elementen erfüllen. Zivile und militärische Friedensförderung sind deshalb bei manchen Einsätzen eng verzahnt. Auch für die Schweiz drängt sich bei der Teilnahme an Friedensoperationen vermehrt eine integrierte Betrachtungsweise auf.

Im Rahmen der Verwaltungsreform hat der Bundesrat mit dem Teilprojekt «ausserparlamentarische Kommissionen» eine Überprüfung dieser Kommissionen anhand der Notwendigkeit, Grösse, Zusammensetzung und Aufgabenerledigung angeordnet. (Zu den Kosten militärischer Friedensförderung der Schweiz siehe Kasten).

Dossier 11: Sicherheit

■ Die neue Sicherheitspolitik umsetzen¹⁶

■ Die internationale Zusammenarbeit, die Prävention und die internen Strukturen in den Bereichen Polizei und Justiz optimieren¹⁷

¹⁶ Interpellation (06.3471) der Freisinnig-demokratischen Fraktion zu Sicherheitspolitik. Entwicklungsschritt 2008/2011

Worum es geht: Die Diskussionen um den Entwicklungsschritt 2008/2011 zeigen, dass es dem Bundesrat nur ungenügend gelungen ist, diesen Schritt als notwendige und bedrohungsgerechte Anpassung an sich veränderte Herausforderungen zu erklären.

Ein grosses Problem, das nicht direkt mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 im Zusammenhang steht, ist der Mangel an militärischem Berufspersonal. Ist der Bundesrat bereit, dieses drängende Problem rasch anzugehen?

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat anerkennt die angespannte Lage beim militärischen Berufspersonal und ist bereit, der besonderen Situation mit adäquaten Massnahmen zu begegnen. Das VBS nimmt die besorgniserregende Situation ernst und erachtet es als eine vordringliche Aufgabe, das Problem der Bestandeslücken beim militärischen Berufspersonal rasch einer Lösung zuzuführen. Im Rahmen des Projektes «Neues Berufsbild für das militärische Personal» werden dem Bundesrat entsprechende Massnahmen baldmöglichst vorgeschlagen.

¹⁷ Anfrage (06.1035) von Nationalrätin Barbara Haering (SP/ZH) zu Massnahmen gegen den internationalen Frauenhandel im Zusammenhang mit der Euro 2008

Worum es geht: Der Bundesrat wird eingeladen, darzulegen, welche Massnahmen er gegen die im Zusammenhang mit der Euro 2008 erwartete Zunahme des internationalen Frauenhandels ergreifen bzw. unterstützen wird.

Antwort des Bundesrates: Alle im Bereich der Bekämpfung und Verhütung von Menschenhandel und Menschen schmuggel tätigen Be-

hörden in Bund und Kantonen werden von der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel im Bundesamt für Polizei (Fedpol) vereinigt. Sie koordiniert entsprechende Massnahmen in den Bereichen Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz. Fedpol unterstützt die Kantone bei Ermittlungen mit internationalem und interkantonaalem Bezug.

Auf kantonaler Ebene wurden 2005 zahlreiche neue Gesetze und Bestimmungen zum Schutz für Tänzerinnen und zur Kontrolle des Rotlichtmilieus erlassen. Um den Vollzug zu verbessern, gibt es in einer zunehmenden Anzahl von Kantonen runde Tische gegen Menschenhandel unter Beteiligung der mit dem Phänomen befassten Behörden und Hilfsorganisationen. Auf Initiative von Fedpol beschlossen 2005 die Chefs der schweizerischen Kriminalpolizeien, eine Arbeitsgruppe Menschen schmuggel und -handel zu gründen, um gesamtschweizerische Ermittlungsansätze zu erarbeiten und die Vernetzung zwischen den kantonalen Ermittlern und dem Bund zu fördern.

Die Verantwortung für entsprechende Ordnungsmassnahmen während der Veranstaltung liegt primär bei den Kantonen. In diesem Rahmen werden für die UEFA Euro 2008 für alle speziellen Kriminalitätsformen Bekämpfungskonzepte erarbeitet.

Kosten militärische Friedensförderung der Schweiz¹

Ein Überblick der laufenden Friedensförderungseinsätze, bezogen auf 2005, ergibt folgenden Vergleich:

Einsatz	Personalbestand	Kosten in Fr.
Swisscoy ² Kosovo	maximal 220	32990 242
Isaf ³ Afghanistan	maximal 4	733 109
LOT ⁴ EUFOR ⁵ inklusive Helikopterteam	maximal 27	3661 024
UN-Militärbeobachter	total 20	2928 142
Stabsoffizier UNMIS ⁶ Sudan	1 Person	149 283
Stabsoffizier OSZE-HQ Wien	1 Person	208 376
Humanitäre Minenräumung	vereinzelt in total 9 Ländern	1 340 619
NNSC ⁷ Korea	total 5, davon 1 EDA – Kostenrubrik VBS – Kostenrubrik EDA	65 255 880 000

¹ Gemäss Fact Sheet Direktion für Sicherheitspolitik, Mai 2006

² Swiss Company

³ International Security Assistance Force (Isaf)

⁴ Liaison and Observation Team

⁵ European Union Force

⁶ United Nations Mission In Sudan

⁷ Neutral Nations Supervisory Commission

Ziele der eidg. Departemente und der Bundeskanzlei für 2007

Worum es geht: Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.010) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung und Jahresziele).

Zweck: Die Jahresziele der Departemente und der Bundeskanzlei sollen als internes Aufsichts-, Informations- und Koordinationsinstrument für den Bundesrat, die Departemente und die Bundeskanzlei dienen. Sie bilden zudem die Grundlage für den Bericht des Bundesrats über Schwerpunkte der Verwaltungsführung (Geschäftsbericht Band II).

Rahmen: In der folgenden Übersicht sind diejenigen Ziele der Departemente und der Bundeskanzlei aufgelistet, die sich auf ein übergeordnetes Ziel des Bundesrates abstützen und dieses konkretisieren (Auswahl¹).

Forschung und Bildung

Bundesratsziel 1: Die Bildung und die Forschung stärken

Ziel EDA/EDI: Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum

Massnahme: Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2008 bis 2013 ist verabschiedet.

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Bundesratsziel 2: Die staatlichen Hemmnisse vermindern, mehr Wettbewerb auf dem Binnenmarkt

Ziel EVD: Konkretisierung der Elemente der künftigen Wachstumspolitik

Massnahme: Die Massnahmen des Wachstumspakets II sind vom Bundesrat verabschiedet und in die Legislaturplanung 2007 bis 2011 integriert.

Bundesratsziel 3: Das Vertrauen in die Wirtschaft stärken

Ziel EJPD: Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Massnahme: Die Vernehmlassung zur Revision des Aktienrechts ist abgeschlossen und die Botschaft verabschiedet.

Finanzen und Bundeshaushalt

Bundesratsziel 4: Den Ausgleich des Bundeshaushalts dauerhaft sichern

Ziel EFD: Aufgabenüberprüfung

Massnahme: Ein Aktionsplan mit Vorschlägen für Verzichts- und Reformmassnahmen ist ausgearbeitet.

Bundesratsziel 5: Die Steuerreformen weiterführen

Ziel EFD: Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung

Massnahme: Die Vernehmlassung zum Systemscheid (Splitting/Individualbesteuerung/Wahlrecht oder Doppeltarif) ist durchgeführt und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet.

Umwelt und Infrastruktur

Bundesratsziel 6: Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Energiepolitik langfristig ausrichten

Ziel UVEK: Langfristige Ausrichtung der Energiepolitik

Massnahme: Der Strategiebericht zu den langfristigen energiepolitischen Zielen und Massnahmen ist vom Bundesrat gutgeheissen und die wesentlichen Elemente der künftigen Energiestrategie sind festgelegt.

Bundesratsziel 7: Die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten und europäisch vernetzen

Ziel UVEK: Die Verkehrsinfrastruktur der Bahnen leistungsfähig erhalten und europäisch vernetzen

Massnahme: Die Botschaft zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur ist vom Bundesrat verabschiedet.

Informationsgesellschaft, Statistik und Medien

Bundesratsziel 8: Die Informationsgesellschaft gestalten und fördern

Ziel UVEK: Die Informationsgesellschaft weiter gestalten und fördern

Massnahme: Die neue SRG-Konzession ist erteilt und die Versorgungsgebiete für lokale Radio- und Fernsehveranstalter sind festgelegt.

Staatliche Institutionen

Bundesratsziel 9: Die Handlungs- und Reformfähigkeit des Staates verbessern

Ziel EFD: Bundesverwaltungsreform

Massnahme: Die Umsetzung in den einzelnen Bereichen ist abgeschlossen bzw. der Bundesrat hat beschlossen, wie die noch laufenden Projekte über 2007 hinaus zu begleiten sind.

Raumordnung

Bundesratsziel 10: Eine ausgewogene und nachhaltige räumliche Entwicklung sicherstellen

Ziel UVEK: Eine ausgewogene nachhaltige und räumliche Entwicklung sicherstellen

Massnahme: Der Bericht des Interdepartementalen Ausschusses Nachhaltige Entwicklung zum Stand der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz ist vom Bundesrat verabschiedet.

Soziale Sicherheit und Gesundheit

Bundesratsziel 11: Die Sozialwerke zukunftsfähig ausgestalten und die Gesundheitsprävention konsolidieren

Ziel EDI: Inkraftsetzung der 5. IV-Revision

Massnahme: Die 5. IV-Revision ist in Kraft gesetzt. Die zur Umsetzung der Revision erforderlichen Massnahmen sind getroffen, die nötigen Verordnungsänderungen sind verabschiedet.

Gesellschaft, Kultur und Sport

Bundesratsziel 12: Die Kulturpolitik neu gestalten und positionieren und die Sportpolitik auf die neuen Herausforderungen ausrichten

Ziel VBS: Sportförderung und Dopingbekämpfung

Massnahme: Die Botschaft über Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung (NASAK 3) wie auch die Botschaft zur Dopingbekämpfung ist vom Bundesrat verabschiedet.

Aussenbeziehungen

Bundesratsziel 13: Die Integration der Ausländerinnen und Ausländer fördern und das Freizügigkeitsabkommen mit der EU erweitern

Ziel EJPD: Weiterentwicklung der integrationspolitischen Massnahmen im Ausländerbereich

Massnahme: Der integrationspolitische Handlungsbedarf ist erhoben. Der Bericht über die Einführung von integrationspolitischen Massnahmen ist vom Bundesrat verabschiedet und das Vorgehen zu deren Umsetzung festgelegt. Erste Massnahmen sind umgesetzt.

Bundesratsziel 14: Die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU konsolidieren und vertiefen

Ziel EDA: Stärkung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Union

Massnahme: Die für die Umsetzung der Abkommen über die Assoziierung an Schengen und Dublin erforderlichen Vorbereitungs-

massnahmen (inkl. betreffend die Evaluation) sind erfolgt und der Bundesrat hat über die Weiterentwicklungen zum Besitzstand betreffend Schengen und Dublin befunden. Die entsprechenden Botschaften sind gegebenenfalls verabschiedet.

Bundesratsziel 15: Die Zusammenarbeit mit den Transitions- und Entwicklungsländern weiterentwickeln

Ziel EDA: Stärkung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern

Massnahme: Die Botschaft zum Rahmenkredit zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern in den Jahren 2008 bis 2011 ist vom Bundesrat verabschiedet.

Bundesratsziel 16: Das Engagement der Schweiz für Frieden, Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und zur Stärkung der UNO weiter verstärken

Ziel EDA/VBS: Friedens- und menschenrechtspolitisches Engagement der Schweiz

Massnahme: Die Botschaft über die Weiterführung der drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik und verwandter Aktivitäten ist vom Bundesrat verabschiedet.

Bundesratsziel 17: Die Chancen für schweizerische Exporte wahren

Ziel EVD: Neukonzeption der Landeswerbung

Massnahme: Die konzeptionelle Neuausrichtung der Landeswerbung ist erfolgt. Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung verabschiedet.

Sicherheit

Bundesratsziel 18: Die neue Sicherheitspolitik umsetzen

Ziel VBS: Weiterentwicklung der Armee

Massnahme: Der Bericht über den Stand der Umsetzung und die Weiterentwicklung der Armee XXI (nach Art.149 b Militärgesetz) ist vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet.

Bundesratsziel 19: Die internationale Zusammenarbeit, die Prävention und die internen Strukturen in den Bereichen Polizei und Justiz optimieren

Ziel EJPD: Stärkung der Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Massnahme: Die Vernehmlassung zur Schaffung einer Verfassungsgrundlage für Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooliganismus) ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet. ■

¹Bei Redaktionsschluss lag der entsprechende Bundesratsbeschluss noch nicht vor.